

Big Tech Vorherrschaft brechen

Verbot der Monetarisierung strafbarer Inhalte durch Plattformen > 1 Milliarde Euro Jahresumsatz (Hintergründe)

[Exzerpt aus Martin Andree, „Big Tech muss weg“, Frankfurt/M.: Campus 2023, S. 261f.; es handelt sich um eine von insgesamt 15 vorgeschlagenen Maßnahmen]

Hier geht es um [...] die Ungleichbehandlung von Plattformen und redaktionellen Medien bei der Verbreiterhaftung. Es handelt sich um ein sensibles Thema. Denn einerseits erscheint es unbefriedigend, dass Plattformen ungestraft kriminelle Inhalte übertragen (hier geht es um keine Kleinigkeiten, sondern etwa um falsche Tatsachenbehauptungen, Verleumdung, Volksverhetzung, Aufforderung zu Straftaten, üble Nachrede, Schmähkritik, Holocaustleugnung et cetera). Andererseits ist es auch nicht erstrebenswert, die Freiheit der Meinungsäußerung im Netz einzuschränken.

Eine balancierte Berücksichtigung der verschiedenen Rechte lässt sich jedoch erzielen, wenn wir den Aspekt der Monetarisierung in die Erwägung mit einbeziehen. Es ist nämlich eine Sache, freie Meinungsäußerung zu ermöglichen (so jedenfalls das Narrativ der Digitalkonzerne). Es ist jedoch eine gänzlich andere Sache, solche strafbaren und kriminellen Inhalte als Programm zu nutzen, welches dann über Werbung oder Gebühren monetarisiert wird.

So wäre es ohne weiteres möglich, spezifische Formen von Monetarisierung als klares Signal zu werten, dass sich ein Unternehmen den verwendeten Content zu eigen gemacht hat (diese Idee steht also im Widerspruch mit dem aktuellen Telemediengesetz, § 10). Vereinfacht gesagt: Wer die wirtschaftliche Verantwortung übernimmt, muss zwingend auch die inhaltliche Verantwortung tragen. Oder umgekehrt: Wer nicht ein Grundmaß an Verantwortung übernimmt, darf auch nicht abkassieren.

Wir könnten befürchtete Effekte wie etwa ein »Overblocking« durch balancierende Regelungen abmildern und beispielsweise bestimmte Schwellen ansetzen, ab denen solche Regelungen überhaupt greifen. Zunächst könnten wir die Gültigkeit einschränken auf Plattformen mit mehr als 1 Milliarde Euro weltweitem Umsatz. Auch auf der Ebene der betroffenen Inhalte lassen sich sinnvolle Grenzen ansetzen – beispielsweise Posts von Profilen mit mehr als 5.000 Followern oder Profilen mit einer Monetarisierung über 10.000 Euro jährlich und so fort.

Solche Regeln erzeugen nicht nur Limitationen. Im Gegenteil könnten sie auch eine neue und innovative Dynamik auf dem Markt der sozialen Medien freisetzen. Die Plattformen würden endlich gezwungen, ihrer aktuellen Marktposition entsprechend erwachsen zu werden und Verantwortung zu übernehmen. Sie könnten dafür auch selbst Lösungen vorschlagen. So könnten sie etwa alternative Angebote oder zusätzliche Feeds auf ihren Plattformen einführen, bei denen keine Verbreiterhaftung übernommen wird (nennen wir es einmal spielerisch als Beispiel: »Facebook/YouTube/Spotify unfiltered«). Allerdings dürfte dann in einem solchen Programm beziehungsweise Feed auch keine wirtschaftliche Monetarisierung durch Werbung oder Gebühren erfolgen. Auf diese Weise bliebe es jedem Nutzer offen, auf solchen Angeboten der Plattformen freie (und »ungefilterte«) Meinungsäußerung zu betreiben – selbst bei potenziell strafbaren Inhalten (in solchen Feeds würden bei strafbaren Inhalten dann die üblichen Notice & Takedown- Verfahren angewendet).

In jedem Fall sollten wir die aktuelle Praxis überdenken, bei der die großen Plattformen im Namen der Meinungsfreiheit die westlichen Gesellschaften in Geiselhaft nehmen, um dann widerwärtige, rassistische, oft sogar kriminelle oder strafbare Inhalte zu Geld zu machen. Der Fall Spotify/Joe Rogan zeigt präzise die Ungleichbehandlung im geltenden Recht, durch die redaktionelle Angebote massiv wirtschaftlich benachteiligt, fairer Wettbewerb auf dem Feld der Medien verhindert und so die Monopole und Oligopole der Digitalkonzerne nur noch verstärkt werden. Der Vorteil, den Aspekt der Monetarisierung in die Debatte mit einzubeziehen, liegt auf der Hand: Er hilft aus dem aktuellen Patt zwischen Kontrolle und Freiheit heraus und ermöglicht deshalb neue, konstruktive und innovative Lösungsansätze.

[Ergänzung aus dem Stand der aktuellen Debatte, 13. 11. 2025:]

Wichtig ist, dass die zentrale rechtliche Inkonsistenz behoben wird, wonach sehr große Plattformen wie Netzwerke reguliert werden, aber aufgrund einer widersinnigen rechtlichen Vorzugsbehandlung wie redaktionelle Medien bzw. „Inhalteanbieter“ Geld verdienen dürfen. Natürlich ist es sehr großen Plattformen auch nach der hier vorgeschlagenen Neuregelung völlig freigestellt, weiterhin das Haftungsprivileg sogar vollumfänglich für sich in Anspruch zu nehmen (!); sie müssten dann nur eben wie Netzbetreiber ihre Umsätze und Gewinne erwirtschaften und eben nicht wie Inhalteanbieter. Es ist offensichtlich, dass erfolgreiche Netzbetreiber im Markt auf Basis innovativer Geschäftsmodelle schon jetzt dreistellige Milliardenumsätze erzielen. Es gibt deshalb auch kein wirtschaftliches Argument für die aktuelle Privilegierung und Vorzugsbehandlung. Tatsächlich ist es regulatorisch widersinnig, dass Unternehmen, die sogar selbst leugnen, Inhalteanbieter zu sein, wie Inhalteanbieter durch die Monetarisierung von spezifischen Inhalten Geld verdienen.